

Beschluss 44 – Grenzenlose Solidarität statt G20!

(Abstimmung: einstimmig beschlossen)

Der Landesvorstand stimmt beschließt einstimmig „**Grenzenlose Solidarität statt G20!**“ und „**Unterstützung der Proteste gegen den G20**“.

Am 7. und 8. Juli 2017 findet in Hamburg das G20-Gipfeltreffen statt. Ein großer Teil der G20-Staaten tritt für eine auf Profitmaximierung und neoliberalen Kapitalismus ausgerichtete Politik ein, die mit „Freihandelsverträgen“ verfestigt werden sollen. Die globalen Konsequenzen ihrer Politik sind soziale Ungleichheit, Kriege, Armut, Flucht, Klimawandel und ein Leben in Unsicherheit und Prekarität.

Auf den G20-Treffen werden rechtlich nicht verbindliche Beschlüsse an den offiziellen Strukturen der Vereinten Nationen vorbei verabschiedet, welche Konsequenzen für 193 Länder haben sollen. 20 Regierungen repräsentieren aber nicht die Welt! Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über "Bekämpfung von Fluchtursachen", aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über "Partnerschaft mit Afrika", aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten.

Inmitten dieser illustren Gäste wollen sich Merkel und die Bundesregierung als Hort der Vernunft und des Ausgleichs präsentieren. Gleichzeitig machen sie die Grenzen der Festung Europa dicht und diktieren Griechenland und anderen Staaten eine neoliberale Verarmungspolitik. Deutschlands Rolle in den weltweiten Verteilungskämpfen um Märkte und Ressourcen soll ausgebaut werden. Dem dienen auch die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die deutsche Regierung paktiert sogar mit Diktatoren wie Erdogan und unterstützt dessen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, um eigene Interessen in der Region zu verfolgen und in die Türkei flüchtenden Menschen den Weg nach Europa versperrt.

Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen einzelne Personen und Repräsentanten, sondern gegen die Verhältnisse und Strukturen, die diese hervorbringen. Wir werden unsere Ablehnung des globalen, neoliberalen Kapitalismus deutlich machen, wie sie von den G20 repräsentiert und organisiert wird. Wir werden unsere Solidarität mit jenen zum Ausdruck bringen, die weltweit durch Proteste und Streiks der Politik der G20 entgegengetreten. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein.

DIE LINKE lehnt das G20-Treffen in Hamburg ab und ruft bundesweit auf, sich an den Protesten gegen das G20-Treffen zu beteiligen! Auch DIE LINKE Thüringen wird sich daran beteiligen, mit dem Schwerpunkt der Bündnisdemonstration am 8. Juli in Hamburg.

DIE LINKE Thüringen wird die Protest-Aktivitäten in ihren eigenen Publikationen und im Internet bewerben und den Kreisverbänden Material zur Verfügung stellen. Wir bitten die Landtagsfraktion, das Thema auch parlamentarisch und öffentlich zu begleiten. Zu prüfen ist, ob der Landesverband auch mit eigenen Veranstaltungen und gegebenenfalls gemeinsame Bus-Anreise zu den Protesten unterstützen kann.